

Interview
27. Juni 2022

Jens Teurine, FDP, MdB, im Gespräch mit Thielko Grieß.

Thielko Grieß: Die Ampel-Koalition hat schon verschiedene Entlastungsschritte und Pakete auf den Weg gebracht. Der Tankrabatt gehört dazu, das Neun-Euro-Ticket, aber auch Einmalzahlungen für Arbeitnehmer waren dabei, für Eltern, für Empfänger von Sozialleistungen wie ALG I und II. Allerdings steigen die Preise ja immer weiter. Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben. Und in Vorbereitung auf die sogenannte Konzertierte Aktion, wenn Olaf Scholz, Arbeitgeber, Gewerkschaften und seine Koalition in einer Woche in Berlin im Kanzleramt an einen Tisch holen will, da beginnt schon jetzt die Zeit, in der Vorschläge diskutiert werden, was wäre sinnvoll, noch zu tun.

Die „Bild am Sonntag“ und die dpa berichteten gestern von einem Plan aus dem Kanzleramt. Die Gewerkschaften sollten sich mit ihren Lohnforderungen bei den anstehenden Tarifrunden zurückhalten. Dafür zahlen Arbeitgeber den Arbeitnehmern eine einmalige Sonderzahlung und die würde dann bis 1.500 Euro nicht besteuert.

Am Telefon ist Jens Teurine, FDP-Abgeordneter. Er zählt in seiner Fraktion im Bundestag zu den Sozialpolitikern. Herr Teurine, guten Morgen!

Jens Teurine: Schönen guten Morgen!

Grieß: Ich darf Sie kurz noch etwas weiter vorstellen. Sie führen ja auch die Junge Gruppe an, sind 28 Jahre alt. Ihr Wahlkreis umfasst die Gegenden von Herford, Minden und Lübbecke.

Herr Teurine, das was wir gestern aus dem Kanzleramt gelesen haben, halten Sie das für eine gute Idee?

Teurine: Erst einmal, weil ich gestern Abend auch Anne Will und Jens Spahn beobachtet habe, der die Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro kritisiert hat, die würden gar nicht ankommen, möchte ich betonen, dass die Punkte, die Sie eben genannt haben, die 300 Euro Energiepauschale, Abschaffung der EEG-Umlage oder auch die Sofortzuschlagung für Grundsicherungsempfänger, dass die ja erst noch kommen. Im Juli kommen diese Maßnahmen und im September kommen diese Maßnahmen erst. Ein ganz großer Teil der Entlastungspakete kommt jetzt erst und ich glaube, dann muss man die Situation weiter beobachten.

Grundsätzlich finde ich es aber gut, dass es zu der konzertierten Aktion kommt, dass man Gewerkschaften und Arbeitgeber an einen Tisch holt, um besonders auch die Frage der Inflation sich genauer gemeinsam anzugucken, damit sich diese nicht selber verstärkt und eine sogenannte Inflationsspirale entsteht, die sich immer weiter anheizt – Stichwort wäre da die Lohn-Preis-Spirale, die durchaus auch eine reelle Gefahr ist. Deswegen ist es erst mal nicht verkehrt, Tarifpartner an einen Tisch zu holen.

Grieß: Die Antwort auf meine Frage, ob Sie das, was ich gerade als Idee vorgestellt hatte, für eine gute Idee halten, lautet dann ja?

Teurine: Nein. Die lautet tatsächlich nein, in der Pauschalität nicht. Wenn wir den steuerfreien Corona-Bonus als Vorschlag nehmen würden, Arbeitgeber zahlen 1.500 Euro aus und die sind dann steuerfrei, dann glaube ich nicht, dass das die beste Idee ist, die man nehmen kann, und eher ein schlechtes Vorbild. Ich möchte auch sagen wieso. Einmal, weil ich eine komplette Ausdehnung auf die gesamte Wirtschaft für Bund und Länder für kaum finanzierbar halte, wenn wir das auf die komplette Wirtschaft ausdehnen würden, so einen

steuerfreien Bonus. Der zweite Grund ist, weil das nicht eine sehr gezielte Maßnahme ist. Ich habe eben zum Beispiel den Energiebonus in Höhe von 300 Euro angesprochen, der im September kommen wird. Da werden sich ganz viele Bürger wundern, wieso wird das denn noch mal versteuert, und das liegt daran, dass wir sagen, diejenigen mit niedrigeren Einkommen, die sollen mehr davon haben, und die mit einem hohen Einkommen, die sollen weniger davon haben, weil es soll eine gezielte Maßnahme sein. Wenn ich pauschal für alle Lohngruppen und auch für alle Branchen, unabhängig davon, ob diese Branchen momentan super Gewinne erzielen, was dann quasi einer Subventionierung der Arbeitgeber gleich kommen würde, dann halte ich das in dieser Pauschalität für falsch. Einmalzahlungen sind sinnvoll.

Grieß: Ich dachte, Herr Teurine, das wird deswegen besteuert, damit Christian Lindner die schwarze Null im nächsten Jahr im Haushalt halten kann.

Teurine: Das war ein Punkt der SPD, dass der Bonus noch mal versteuert wird, weil das für die eine soziale Frage ist. Sie haben aber auch einen richtigen Punkt angesprochen. Worum geht es mir? Geht es mir darum, dass Einmalzahlungen per se falsch sind? – Nein, wenn die Tarifpartner sich darauf verständigen, kann das Sinn machen. Aber die Frage der Steuerfreiheit muss schon etwas zielgenauer sein, weil wir auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse haben. Wir können nicht dauerhaft als Staat mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. 30 Milliarden Euro Entlastungspaket haben wir bereits beschlossen und die weiteren Maßnahmen müssen zielgenau bei denjenigen ankommen, die besonders betroffen sind.

Grieß: Ich war gerade ganz überrascht, als Sie sagten, das Einschränken ist erst mal keine gute Idee. Dann haben Sie erklärt warum. Meine Annahme war, dass es für Sie als Angehöriger einer Regierungsfraktion doch ein guter Vorschlag ist, um sich im Prinzip eine Menge Probleme vom Hals zu halten. Sie überlassen das den Tarifpartnern, zahlen müsste es dann der Arbeitgeber und Sie haben eigentlich nichts damit zu tun und Christian Lindner kriegt auch nicht mal ein neues Loch in seinen Haushalt.

Teurine: Na ja. Wir stellen das dann schon steuerfrei, diesen Corona-Bonus, und die Frage ist, wie zielgenau kommt der wirklich an und hilft er dabei, dass die Inflation sich nicht weiter verstärkt. Das ist ja auch Ausgangspunkt. Ausgangspunkt ist, dass die Inflation sich nicht selbst verstärken soll, und ich finde es auch gut, dass Vorschläge gemacht werden, die im Vorfeld diskutiert werden. Wir werden auch weitere Punkte beraten müssen, welche steuerlichen Maßnahmen bei den Einmalzahlungen vielleicht doch sinnvoll sind, die Frage auch der Kalten Progression, wenn es zu Lohnerhöhungen kommt.

Grieß: Darf ich da noch mal einhaken? – Diese Einmalzahlung ist Ihnen nicht so richtig lieb. Hohe Lohnabschlüsse wegen der möglicherweise darauf noch mal neu verstärkten Inflation ist Ihnen auch nicht so lieb. Was ist Ihnen denn lieb, dass wir mit unseren gleich bleibenden Gehältern immer teurere Produkte kaufen müssen?

Teurine: Nein, dann haben Sie mich falsch verstanden. Ich finde, Einmalzahlungen können einen sinnvollen Beitrag leisten, so wie auch die Abschmelzung der Kalten Progression, was wir vorschlagen. Das wäre mir sehr lieb.

Was mir nicht lieb ist, wenn wir die Gießkanne nehmen, wenn wir pauschal über alle Branchen, über alle Lohngruppen Einmalzahlungen ausschütten würden und die alle dann steuerfrei stellen. Das wäre mir nicht lieb, eine Gießkannenpolitik. Zielgenaue Maßnahmen sowohl in der Kombination von Einmalzahlungen als auch die Frage Steuerfreiheit. Das eine wäre Auftrag der Tarifpartner, Einmalzahlungen, Steuerfreiheit Aufgabe des Staates. Das ist ein Vorschlag, über den wir auf jeden Fall diskutieren können, weil der meine Kritikpunkte dann entschärft. Das ist der Punkt, der mir wichtig dabei ist.

Grieß: Andere Kritikpunkte sind unter anderem, dass zum Beispiel Arbeitslose davon nichts hätten, wenn Tarifpartner miteinander verhandeln, weil die nun mal keine Löhne erhalten. Rentner und Rentnerinnen haben auch nichts davon. Wie bekommen Sie die mit ins Boot? Oder wollen Sie das gar nicht?

Teutrine: Ich habe ja eben schon erzählt, dass die Bundesregierung 30 Milliarden Euro Entlastungspakete beschlossen hat. Da sind auch die Grundsicherungsempfänger, also Arbeitslose drin. Die erhalten jetzt zum Juli 200 Euro Einmalzahlung.

Grieß: Das gleicht ja ungefähr das aus, was jetzt an Teuerung in diesem Jahr schon dazugekommen ist, und alle wissen, das Jahr geht noch weiter.

Teutrine: Deswegen gibt es weitere Maßnahmen wie den Kinderbonus, dass diejenigen, die viele Kinder haben, noch mal 100 Euro zusätzlich kriegen und monatlich noch mal 25 Euro. Das Neun-Euro-Ticket soll verrechnet werden, wenn es ein Monatsticket beispielsweise gibt. Es gibt ein Mehr an Entlastungen und das entspricht ungefähr auch der Inflation. Sollten die Preise weiter steigen, dann ist es auch weiterhin notwendig, dort Einmalzahlungen zu leisten. Zum 1. 1. Ist es auch ein Automatismus, dass es wieder einen Inflationsausgleich bei den Hartz-IV-Regelsätzen gibt. Das hat man ganz genau im Blick und da ist der Staat schon aktiv geworden. Wir müssen aufpassen, dass wir jetzt nicht immer mehr neue wichtige, gut gemeinte Entlastungen beschließen, am Ende aber die soliden Finanzen vergessen, weil das ist auch eine Aufgabe, um die Inflation nicht weiter anzuheizen.

Grieß: Sie haben vorhin in einem Nebensatz (vielleicht war es auch ein Hauptsatz) schon gesagt, dass Sie die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist, für richtig halten und dass es auch richtig sei, die im nächsten Jahr wieder einzuhalten. Der Kollege Volker Finthammer hat uns hier vor zwei Stunden aufgeschlüsselt, dass dann im nächsten Jahr, wenn das so käme, ungefähr 15 Milliarden nur noch frei zu verteilen wären an Kreditaufnahmen. Mehr ist nicht drin. Nun steuern wir aber womöglich auf wirtschaftlich schwierigere Zeiten zu, auf eine Gaskrise. Wir haben den Ukraine-Krieg, wir haben unheimlich viele Krisen. Diese Schuldenbremse, Herr Teutrine, wie lange lebt die noch?

Teutrine: Die ist im Grundgesetz verankert und deswegen lebt die auch länger, weil der Staat nicht langfristig mehr Geld ausgeben kann als er einnimmt. Das ist auch eine Gefahr, um die Inflation nicht anzuheizen, wenn man sich nicht auf solide Finanzen beschränkt. Das heißt nicht, dass man die Krisen nicht bewältigen muss. Das heißt aber, dass man Prioritäten setzen muss, was momentan wirklich die wichtigen Projekte sind, und dass die Einmalzahlungen und die Steuervorschläge auch zielgenau sein müssen. Das ist sicher ein wichtiger Beitrag.

Grieß: Das heißt Sparen an anderer Stelle?

Teutrine: Das heißt Prioritäten setzen und auch sicherlich an der einen oder anderen Stelle sich zu überlegen, ob man mal auch sparen kann. Ja, ich finde, das ist überhaupt nicht verwerflich, wenn man als Politik auch in Krisenzeiten sich Gedanken macht, an welchen Projekten man vielleicht sparen kann, wo man Bürokratie abbauen kann, was man vielleicht mal ein Jahr später machen kann. Das ist auch ein Beitrag.

Grieß: Können Sie uns ein Beispiel nennen?

Teutrine: Christian Lindner hat einen Vorschlag gemacht, bei der Subventionierung von E-Autos beispielsweise, die auch nicht so zielgenau ist und besonders hohe Einkommen auch häufig davon profitieren. Das wäre ein Beispiel, wo ich mir vorstellen könnte, wo man sparen kann.

Es gibt auch noch klimaschädliche Subventionen, wo man sparen kann. Die FDP hat genug Vorschläge.

Grieß: Auf Dienstwagen zum Beispiel, glaube ich.

Teutrine: Ja. Die Koalition muss da, glaube ich, gemeinsam arbeiten und jedes Haus sollte dort, glaube ich, auch Vorschläge machen. Jedes Ministerium sollte in seinem Aufgabenbereich mal überlegen, wo es an welcher Stelle sparen kann. Ich finde, das gehört auch zu Krisenzeiten dazu.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.